



## Stadtratsfraktion Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI

An den Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt München  
Herrn Christian Ude  
Rathaus, Marienplatz 8  
80331 München

München, 04.07.2013

**Antrag**

### **Vergaberichtlinien von städtisch geförderten Wohnungen für Beschäftigte des Polizeipräsidiums München verbessern**

Der Stadtrat der LH München möge beschließen:

1. Beim geförderten Wohnungsbau der Landeshauptstadt München werden die Vergaberichtlinien dahingehend geändert, dass Beschäftigte des Polizeipräsidiums München ohne die zeitlichen Einschränkungen einen Berechtigungsschein erhalten können.
2. Bei den Vergaberichtlinien „Sozialwohnung beantragen“ und „Förderprogramm München Modell-Miete“ wird der Zusatz aufgenommen:
  - Während der letzten fünf Jahre Hauptwohnsitz in München, **gilt nicht für Beschäftigte des Polizeipräsidiums München**
  - Hauptwohnsitz oder Arbeitsstätte seit mindestens drei Jahren in München, **gilt nicht für Beschäftigte des Polizeipräsidiums München.**

Begründung:

Um einen Wohnberechtigungsschein für eine geförderte Wohnung (z. B. das München Modell-Miete) zu beantragen, ist es derzeit erforderlich, für die letzten drei Jahre bzw. fünf Jahre einen Hauptwohnsitz oder eine Arbeitsstätte in der Landeshauptstadt nachweisen zu können. Vor allem für Polizisten, die zum großen Teil für mehrere Jahre zwangsweise nach München versetzt werden, ist dies nicht praktikabel. Jedes Jahr werden einige Hundert Polizeibeamte aus ganz Bayern zum Dienst in der Landeshauptstadt verpflichtet, ohne dass diesen ein angemessener finanzieller Ausgleich für die deutlich höheren Lebenshaltungskosten in München gewährt wird. Die wenigen staatlichen Wohnungen werden meist im Umland angeboten und bürden den Beschäftigten wiederum finanzielle Einschnitte auf, da sie zum Teil mehrmals am Tag (Schichtdienst) pendeln müssen. Diese Polizeibeamten benötigen sofort einen Wohnsitz in München, nicht erst nach drei oder fünf Jahren.

Förderprogramme wie das München Modell-Miete wurden jedoch eigens geschaffen, um vor allem Familien mit mittleren Einkommen zu einer bezahlbaren Mietwohnung in München zu verhelfen und hier sollten auch die Polizisten, die ihren Dienst in und für die Münchner Bevölkerung leisten, nicht ausgegrenzt werden.

gez.

Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Tobias Ruff, Richard Progl, Ursula Sabathil

**Fraktion Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI**

Rathaus, Marienplatz 8 • Sekretariat: Zimmer 116 • 80331 München

Telefon: 089 / 233 – 20 798 • Fax: 089 / 233 – 207 70 • E-Mail: [fraktion-buergerliche-mitte@muenchen.de](mailto:fraktion-buergerliche-mitte@muenchen.de)